

Politik für die 90er Jahre : eidgenössische Wahlen als Test

Autor(en): **Bodenmann, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **70 (1991)**

Heft 2

PDF erstellt am: **14.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340922>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Politik für die 90er Jahre: Eidgenössische Wahlen als Test

Am Parteitag der SPS im März hat Präsident Peter Bodenmann in seiner Partei-ansprache in einem grossen Überblick die einzelnen Bereiche der eidgenössischen Politik dargelegt und ihren Zustand analysiert und die Zielsetzungen für die SP-Politik entworfen. Wir dokumentieren seine Ausführungen mit geringfügigen Kürzungen.

Von Peter Bodenmann,
Präsident der SPS

Ein Parteitag der SP ist ein Ereignis, Parteitage bürgerlicher Parteien organisierte Langeweile. Unsere Partei hat Farbe, hat Widerspruch und inhaltliche Breite in den eigenen Reihen. Dies spricht für uns, bereichert und erschwert gleichzeitig die inhaltliche politische Arbeit.

Im Zentrum dieses Kongresses stehen drei zentrale Fragen: Unser Verhältnis zur europäischen Integration, das Manifest für die Gleichberechtigung der Frauen und die Frage der künftigen Friedens- und Sicherheitspolitik der Schweiz.

Als erste Bundesratspartei haben wir zur Frage Europa klar Stellung bezogen. Bisher wurde gegen aussen noch zuwenig deutlich, was den Kern unserer Strategie ausmacht:

- Erstens nehmen wir die Bedenken der Euro-Kritiker bitter ernst. Sie haben – leider – mit vielen ihrer ökologischen, sozialen und demokratischen Bedenken mehr denn recht.

- Zweitens werden die befürchteten Folgen uns nicht minder unvermittelt treffen, wenn wir den Alleingang oder den EWR wählen.

- Und drittens wollen wir deshalb den Weg nach Europa nur mit einer klar definierten Reformstrategie gehen. Mit wenig Ausnahmen und viel innenpolitischen Reformen.

Anstatt heute eine politische Perspektive zu entwickeln, kommt aus den po-

litisch relevanten bürgerlichen Reihen – sofern man sich nicht ausschweigt – nichts denn rhetorischer Euro-Schmus einerseits oder vaterländische Panikmache andererseits. Das Bürgertum hat seine Führungsrolle verloren. Mit ein Grund:

- Der schweizerische Binnenmarkt ist stark kartellisiert, liefert Waren und Dienstleistungen zu übersetzten Preisen.

- Die meisten politischen Akteure des heutigen Milizsystems sind Profiteure dieses künstlich verteuerten Binnenmarktes. Politik ist für viele, die im National- und Ständerat sitzen, nichts mehr und nichts weniger als die Verteidigung ihrer Privilegien.

Michael Gorbatschow hat den Satz geprägt und die einschlägige Lebenserfahrung bereits hinter sich: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Für uns gilt: Wir sind nicht bereit, nur deshalb sozial und ökologisch bestraft zu werden, weil die bürgerlichen Parteien – anders etwa als in Schweden und Österreich – zu einem konstruktiven Dialog über die europäische Integration noch nicht bereit sind.

Mehrheitsfähige EG-Position

Wir wollen die EG-Diskussion heute und jetzt führen und die sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen dieses Integrationsprozesses fest-schreiben. Unsere Position ist mehrheitsfähig:

● Die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer nimmt zu Recht an, dass wir früher oder später der EG beitreten.

● Die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer will deshalb aber keine unnötige Zerstörung der Umwelt in Kauf nehmen.

● Die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer will im Rahmen der europäischen Integration keine unsozialere Gesellschaft.

● Die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer will in Zukunft nicht weniger, sondern mehr Demokratie, auch mehr direkte Demokratie. Das Demokratie-Defizit in Europa muss überwunden werden.

Wer die Diskussion um die innenpolitischen Bedingungen heute nicht konkret führt, arbeitet in die Hände der bürgerlichen Parteien. Sie wollen den Zeitpunkt der EG-Diskussion hinauszögern, um den früher oder später ohnehin notwendigen Beitritt zu einem sozialen, ökologischen und demokratischen roll-back zu benutzen.

Deshalb suchen wir in dieser wichtigen Frage die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und Frauen- und Umweltorganisationen. Nur wenn es gelingt, zusammen und gemeinsam mit diesen beiden wichtigen Kräften eine Reformstrategie zu entwickeln, können wir den laufenden politischen Prozess entscheidend beeinflussen. Wir brauchen den rot-grünen Schulterchluss gegen die Logik der unbeweglichen bürgerlichen Rechten.

Neue Armut und kleine Leute

In der Schweizer Handelszeitung – dem Blatt der Herren Eisenring und Co. – stand im Rückblick auf das Jahr 1989 zu lesen: «Diese Runde ging an das Kapital». Der Grund: 1989 wuchs die Wirtschaft und deren Produktivität. Die Löhne erhöhten sich trotzdem real faktisch nicht. Die zusätzliche Wertschöpfung ging in die Ta-

schen des Kapitals. Die von den Unternehmen veröffentlichten Zahlen belegen dies. Der unsoziale Umverteilungsprozess in der Schweiz läuft auf Kosten der grossen Mehrheit der Lohnabhängigen. Trotzdem jammern die politischen Laufbuben des Kapitals über schlechte wirtschaftliche Rahmenbedingungen in der Schweiz. Wahr ist nachweislich das Gegenteil: In den letzten zehn Jahren haben sich die Rahmenbedingungen für das Kapital verbessert. Runde für Runde ging an das Kapital. Die unsozialen Folgen sind ablesbar:

● Eine halbe Million Menschen in diesem Land, jede zehnte Einwohnerin, jeder zehnte Einwohner in diesem Land leben in Armut. Betroffen sind vorab und vor allem die Frauen in diesem Land.

● Immer mehr Familien und Alleinstehende wissen Ende Monat nicht, wie sie alle Rechnungen begleichen sollen.

● Die Renten steigen langsamer als die Preise, Mieten und Krankenkassenprämien.

Die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer verfügt über kleine und mittlere Einkommen. Sie alle sitzen in keinen Verwaltungsräten, kassieren keine Tantiemen, schneiden keine Aktien-Coupons. Diese Mehrheit, die wir politisch vertreten, bezahlt die Kosten der unsozialen achtziger Jahre.

Deshalb braucht es eine Politik, die mit klaren Reformprojekten mehr soziale Gerechtigkeit schafft:

● Die Krankenkassenprämien explodieren. Die Initiative des Konkordates der Krankenkassen will zurecht mehr Bundesgelder. Die Initiative der SP geht zwei Schritte. Beide Initiativen werden von uns mitgetragen. Deshalb wollen die Bürgerlichen erst nach den Wahlen über sie abstimmen.

● Die AHV- und IV-Initiative von SP und Gewerkschaften kam innert kurzer Zeit zustande. Entgegen allen Unkenrufen auch in den eigenen Rei-

hen. Soziale Verbesserungen sind wieder ein Thema. Die neunziger Jahre müssen real 400 Franken mehr Rente für alle Alten und Invaliden bringen.

● Die Wohnungsnot wird immer grösser. Die Mieten steigen. Die 4. Hypozinsrunde schlägt jetzt durch. Wir hätten sie verhindern können. Mit sofort mehr Kompetenzen für den Preisüberwacher. Die bürgerlichen Messdiener der Banken haben dies verhindert. Die SP fordert heute mehr Mieterschutz und die Verdoppelung der vom Bundesrat vorgeschlagenen Anstrengungen auf dem Gebiet der Wohnbauförderung.

Diese bescheidenen Schritte sind zugleich die entscheidenden Schritte bei der Bekämpfung der neuen Armut. Die Sozialpolitik der neunziger Jahre muss allerdings weiter gehen:

● Die gesamten Strukturen vorab des Gesundheitswesens bedürfen der Überprüfung und Neuorganisation.

● Die Diskussion um ein gesetzliches Mindesteinkommen wird in unserer Partei breit geführt. Ohne garantiertes Mindesteinkommen wird es nach dem Jahre 2000 keine tragfähige Sozialpolitik geben.

● Die Bodenfrage gehört wieder ins Zentrum der politischen Diskussion. Der laufende gewaltige Umverteilungsprozess zugunsten der grossen Bodeneigentümer muss ein Ende finden.

Die soziale Wirklichkeit

Leider wollen viele – auch viele Grüne – in der Schweiz von den bestehenden Klassengegensätzen nichts mehr wissen, sondern sie mitverwischen helfen. Das hilft nur jenen, die – ihre Interessen wahrnehmend – den Klassenkampf von oben führen. Zur sozialen Wirklichkeit eines Landes gehört auch dessen Rechtsprechung. Die Bundesverfassung hält in Artikel 4 fest: Vor dem Gesetz sind alle gleich. Den Rahmen der formalen

Gleichbehandlung sprengen neuerdings Urteile des Bundesgerichtes und des Zürcher Obergerichtes:

- Die freisinnige Bundesrätin Elisabeth Kopp wurde freigesprochen. Ihr gestand das Bundesgericht – im Gegensatz zu Tausenden strafrechtlich Verurteilten in diesem Land – Rechtsirrtum zu. Selbst bürgerliche Strafrechtsprofessoren waren ob dieser Praxisänderung zu Gunsten des Goldküsten-Freisinns empört.

- Der Zürcher Unternehmer und Doktor der Jurisprudenz Christoph Blocher hat veruntreut. Objektiv. Subjektiv ist er nicht schuldig, weil er es ja nur gut meinte. Feinfühlig die Zürcher Obergerichter.

Politisierende Juristinnen und Juristen bürgerlicher Herkunft – besonders wenn sie Kopp und Blocher heissen – haben es gut in der Schweiz. Die Justiz zeigt für sie mehr Verständnis als für jene, welche als Dienstverweigerer und Drogenkranke unsere Gefängnisse überfüllen.

Die Sozialdemokratie hat immer die Solidarität mit den Entrechteten auf ihre Fahnen geschrieben. Die Welt wird zunehmend zu einem Dorf. In diesem Dorf geht es der Mehrheit der Menschen wortwörtlich dreckig. Hunger, Unterernährung, Krieg, Massenarbeitslosigkeit prägen das Leben von über einer Milliarde Menschen. Entweder löst die Menschheit gemeinsam ihre Probleme, oder die Probleme holen auch uns, die Privilegierten, ein.

Dies gilt selbst für die Frage der Flüchtlinge, auf deren Buckel zurzeit zwei Bundesratsparteien politisieren. Dabei steht fest:

- Die Bundesratsparteien haben die letzte Reform des Asylrechts gemeinsam mitgetragen.

- Anstatt die Armee an die Grenze zu stellen, soll der zuständige Bundesrat endlich die gemeinsam beschlossenen Reformen durchsetzen. Anstatt die Bürokratie des Herrn Arbenz aufzublähen, soll der Bundesrat Gewalt-

flüchtlingen endlich die auch von der CVP geforderte vorläufige Aufnahme gewähren.

- Gemeinsam mit den anderen Parteien sind wir bereit, die sich verschärfenden Probleme – vorab im Bereich der Unterkünfte – einer Lösung entgegenzuführen.

Das Gewerbe, die Gewerbetreibenden nutzen und benutzen die Flüchtlinge als Arbeitskräfte. Die Parteien dieses Gewerbes – SVP und FDP – machen heute billige Polemik auf Kosten ihrer Arbeitskräfte. Damit holen sie vielleicht die Stimmen der Nationalen Aktion ab, sicher schüren sie aber den Hass auf das Fremde und die Fremden. Wir machen diesen billigen und unterschweligen Rassismus nicht mit. Menschenrechte sind für uns nicht verhandelbar. Weder heute noch morgen.

Krieg und Friedenspolitik

Die Probleme der Dritten Welt sind im Ansatz nur lösbar, wenn die Welt weniger für die Rüstung und mehr für die weltweite Gerechtigkeit und Abrüstung tut. Die Schweiz als Drehscheibe der Waffenschieber und Geldwäscher muss endlich Zeichen setzen. Zwei wegweisende Initiativ-Vorschläge werden morgen unsere Debatten prägen:

- Wer, wenn nicht die Schweiz, kann mit einem generellen Verbot der Waffenausfuhr Zeichen setzen?

- Wer, wenn nicht die hochgerüstete und gleichzeitig dank ihrer Binnenlage militärisch nicht bedrohte Schweiz, kann abrüsten, kann die Militärausgaben senken.

Wir müssen der Logik des Krieges die Logik der Vernunft und des Friedens entgegensetzen. Gerade heute, nachdem die Waffen am Golf schweigen und sich die Sowjetunion – nach der Auflösung des Warschauer Paktes – auf immer grössere Schwierigkeiten zubewegt.

Der Krieg im Golf zeigt in aller Deutlichkeit auf: Der bipolare Gegensatz Ost/West prägt die Welt nicht mehr. Militärisch kontrolliert die Supermacht USA kurzfristig die Welt und ihre Krisengebiete, eine USA, deren wirtschaftlicher Abstieg als Folge der Reagan-Politik längst begonnen hat. Noch fehlt ein weltweites System kollektiver Sicherheit, welches Kriege und deren Ursachen verhindert, statt unmenschliche Kriege zu führen.

Wir brauchen keine neuen teuren Kampfflugzeuge, sondern eine grundlegend neue Friedens- und Sicherheitspolitik.

Wir brauchen 1991 innenpolitisch Reformen im EMD:

- Das Problem der Militärdienstverweigerer muss in diesem Jahr mit einem Doppelschritt gelöst werden. Erstens ein Verfassungsartikel für den Zivildienst, und zweitens eine Amnestie für alle Militärdienstverweigerer bis zum Vorliegen eines Gesetzes. Auf dem Papier sind jetzt alle Parteien für eine Lösung. Setzen wir die berechtigten Forderungen durch, erhöhen wir den Druck auf das EMD.

- Die Bauarbeiten in Neuchlen-Anschwilen müssen endgültig gestoppt werden. Die Initiative «40 Waffenplätze sind genug» ist hinterlegt. Das Volk soll entscheiden. Bundesrat Villiger darf nicht länger mit den Volksrechten spielen.

- Wir brauchen 1991 nicht Solari-Werbe-Sprüche, sondern die Schaffung eines Friedensinstitutes.

Eine Million Schweizerinnen und Schweizer haben für die GSoA-Initiative gestimmt. Es wären heute – aufgrund neuester Umfragen – nicht merklich weniger. Die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer will Reformen im EMD, will bei den Militärausgaben sparen. Der Schock der GSoA-Initiative sitzt offenbar noch zu wenig tief. Die EMD-Bürokratie braucht im Herbst 1991 eine deutliche elektorale Nachbehandlung.

Atom-Ausstieg: Die Wende in der Umweltpolitik

Der Bundesrat schrieb in seiner Abstimmungsbroschüre zur Atomenergie: Die Annahme der Moratoriums-Initiative bedeutet den Einstieg in den Ausstieg. Die Stimmenden in diesem Land haben diesem Einstieg in den Ausstieg deutlich zugestimmt. Es gibt in unserem Land eine neue Mehrheit für den sanften Ausstieg, für den sanften ökologischen Umbau der Industriegesellschaft.

Wir haben in Bern versucht, diese Mehrheit im Volk politisch und parlamentarisch umzusetzen. Mit einigem Erfolg. Die übrigen Bundesratsparteien haben Zielsetzungen unterzeichnet, die sich sehen lassen:

- Der Verbrauch fossiler und elektrischer Energie soll bis in das Jahr 2000 stabilisiert werden.
- Sinnvolle Investitionsprogramme sollen diesen Umstieg begleiten und allfällige Beschäftigungseinbrüche mit auffangen.

Machen wir uns nichts vor. Diese Zielvorgaben werden in den neunziger Jahren in Bern nicht umgesetzt, wenn die SP bei den kommenden Wahlen nicht stärker wird. Bereits wenige Monate nach der Abstimmung buchstabierten die bürgerlichen Parteien über ihre Bremser im Ständerat zurück. Wir müssen deshalb den Abstimmungserfolg der Moratoriums-Initiative, wir müssen deshalb den grossen Achtungserfolg der Ausstiegs-Initiative umsetzen in Stimmen für unsere Partei, welche die zentrale Kraft des ökologischen Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft in der Schweiz darstellt. Die Wählerinnen und Wähler an der Urne entscheiden, ob sie mehr oder weniger sozialverträglichen Umweltschutz wollen. Eine gestärkte SP muss und kann das Moratorium in den neunziger Jahren in Bern umsetzen und den Ausstieg einleiten.

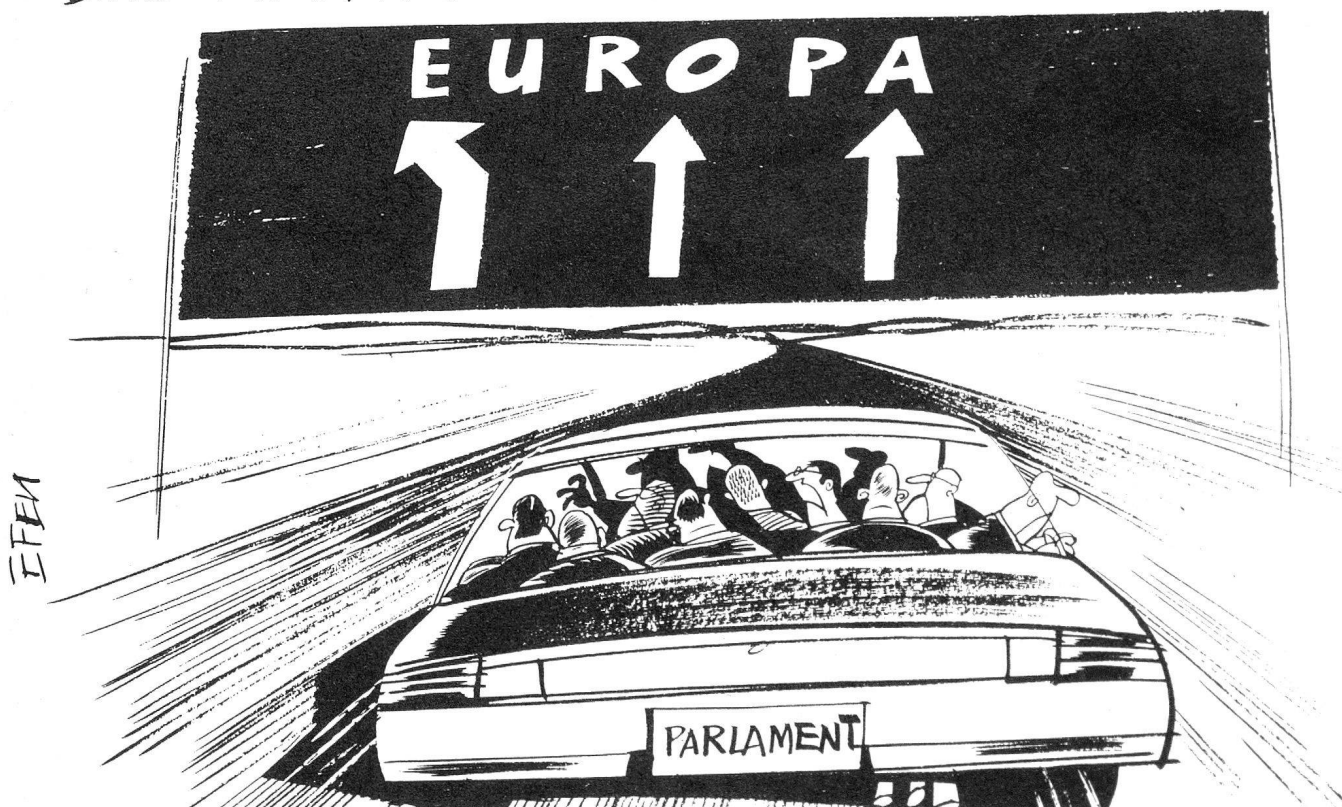
Die bürgerlichen Parteien haben Angst vor dem laufenden Wertewandel in der Gesellschaft. Deshalb wol-

len sie vor den Wahlen 1991 auch nicht über die Gewässerschutz-Initiative abstimmen. Sie wissen, dass sich ein Teil ihrer Wählerschaft längst von ihrem Betonkurs verabschiedet hat.

Die Schweiz braucht heute neu zusätzliche Instrumente zur ökologischen Steuerung von Wirtschaft und Gesellschaft. Fast alle sind – im Prinzip und zumindest auf dem Papier – bereit, über die Preise für Energie und Schadstoffe die Wirtschaft zu lenken. Wir haben das Modell der Experten Ruedi Meier und Felix Walter für sozialverträgliche Umweltafgaben vorgestellt. Ein Modell, welches den formulierten Bedenken der intelligentesten Rechten und der Wirtschaft Rechnung trägt. Zum ersten Mal steht ein konkreter Vorschlag im Raum, welcher erstens wirksam, zweitens sozialverträglich, drittens indexneutral, viertens aussen- und binnenhandelsneutral und fünftens die Ausgaben des Staates nicht wesentlich erhöht.

Jetzt heisst es für die Bürgerlichen Farbe bekennen. Ihre eigene Glaub-

EINE SPUR LINKS?



würdigkeit steht auf dem Spiel. Das wird aufgrund der bisherigen Erfahrungen die Mehrheit in den bürgerlichen Parteien nicht hindern, ihren Betonkurs weiter zu verfolgen. Es sei denn, FDP, CVP und SVP bekämen im Herbst 1991 den längst verdienten Denkkzettel.

Politik mit Frauen-Power

Die Mehrheit der Schweizer sind Schweizerinnen. Trotzdem leben wir in einer patriarchalischen Gesellschaft. Die Frauen haben erst seit 20 Jahren national das Stimmrecht. In den Stammländern unseres CVP-Justizministers Arnold Koller erst seit Monaten und dies erst nur dank dem Bundesgericht. Die Gleichstellung der Frauen ist seit zehn Jahren auf dem Papier der Verfassung festgeschrieben. Dieser verfassungsmässige Auftrag hat in der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Wirklichkeit noch wenig Spuren hinterlassen.

- Sicher, die SP trat – obwohl dominiert von roten Patriarchen – als erste Partei für das Wahl- und Stimmrecht der Frauen ein.
- Sicher, die SP hat allein gleichviel National- und Ständerätinnen wie alle anderen bürgerlichen Parteien zusammen. Wir haben – wie das Video eindrücklich belegt – von allen Parteien nicht nur am meisten, sondern auch am meisten gute Frauen in Bern.
- Sicher, die SP zählt zurzeit sowohl in der deutschen wie in der welschen Schweiz valable Kandidatinnen für den Bundesrat in ihren Reihen.
- Sicher, die Gleichstellung der Frauen wird eines der zentralen Themen des Wahlkampfes 1991 sein. Unsere Listen in den Kantonen werden durch den Anspruch der Frauen geprägt sein.
- Sicher, der SP-Kongress hat das Manifest zur Gleichstellung der Frauen beschlossen. Ein Manifest, welches die Position der Partei in den zentralen Frauen-Fragen festschreibt.

Dennoch, alles entscheidend wird sein, ob die Partei in den neunziger Jahren in ihrer Politik die Interessen der Mehrheit, die Interessen der Frauen tatsächlich umsetzt. Dies wird nur gelingen, wenn in der Partei immer mehr Frauen politisch aktiv werden, sich einmischen, den Kurs der Partei prägen. Mit Frauen-Power.

Parlament und Parteien

Die beiden freisinnigen Professoren Petitpierre und Rhinow wiederholen seit einem Jahr: Der Bundesrat ist seinen Aufgaben nicht gewachsen. Ihre Rezepte: Wahlweise 9 oder 11 Bundesräte. Es dürfen auch 5 Super-Bundesräte samt Minister-Pulk sein oder gar ein Bundespräsident mit Kanzler-Kohl-Kompetenzen.

Zwei Bemerkungen zur professoralen Kritik:

- Die Bundesräte können sich heute problemlos entlasten, Aufgaben delegieren. Die Frage: Warum tun sie es nicht?
- Die so entlasteten Bundesräte könnten sich problemlos und departementsübergreifend den zentralen Fragen widmen. Die Frage: Warum tun sie es nicht?

Grundsätzlicher: In der Schweiz sind die Parteien schwach. Personell und finanziell. Verzinsung, Amortisation und Unterhalt eines EMD-Pumas machen pro Jahr mehr aus, als die Summe der Budgets aller Bundesratsparteien. Die Parteien werden finanziell an der kurzen Leine gehalten. Absichtlich und mit System.

Die Schweiz hält sich ein Milizparlament ohne professionelle Infrastruktur, mit einem lächerlich kleinen Stab an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Dieses Milizparlament hält sich trotz der enormen Herausforderungen selbst an der kurzen Leine. Absichtlich und mit System.

Stark sind von ihren Möglichkeiten her vorab die Verbände der Wirtschaft und die Verwaltung. Gerade

deshalb wäre ein Bundesrat gefragt, der Initiativen ergreift, Visionen entwickelt und Lösungen für die Zukunft in den Raum stellt.

● Zürich wird die politische Polizei abschaffen. Die Linke setzt den Ruf nach mehr Freiheit und weniger Schnüffelpolizei um. In Bern wird weiter gemacht wie bisher. Ohne gesetzliche Basis und rechtswidrig.

● Das EMD kann nicht einmal Sturmgewehre pannenfrei beschaffen. Eine neue Friedens- und Sicherheitspolitik ist nicht auszumachen.

● Das Gleichstellungsgesetz bleibt Jahre in den Schubladen liegen. Entschiede werden nicht gefällt.

● Obwohl die Bodenfrage ungelöst ist, soll die Revision des Raumplanungsgesetzes still und leise begraben werden.

● Die notwendige Verschärfung der Luftreinhalte-Politik lässt auf sich warten. Statt konkrete Massnahmen jagen sich Ankündigungen und Dementis.

● Im Bereich der Drogenpolitik bleibt alles beim alten, wird mehrheitsfähiger Fortschritt nicht realisiert.

● Die EG-Diskussion bedarf endlich gemeinsamer Perspektiven der EFTA-Länder, statt isolationistischem Hüst und Hott.

Angesichts dieser durch die politische Mehrheit blockierten Politik ist Kritik am real existierenden Bundesrat notwendig und berechtigt.

Wir leben in einer politisch entscheidenden Zeit. Der Bundesrat hat seine Aufgaben wahrzunehmen. Wenn er es nicht tut, müssen wir ihn daran erinnern.

Gemeinsam mit Intelligenz und Gewerkschaften

Unsere Partei muss in den kommenden bewegten Jahren wieder zum Zentrum der politischen Diskussion in der Schweiz werden. Nicht um uns zu zerstreiten, sondern um wieder

eine produktive Streitkultur zu finden.

Viele Intellektuelle – nicht nur in der Schweiz – haben sich von der politischen Auseinandersetzung verabschiedet. Die Politik geht – getrennt von der Intelligenz – ihre Wege und umgekehrt. Dieser Verlust an Praxisbezug einerseits und intellektueller Trennschärfe andererseits schadet allen am notwendigen gemeinsamen Dialog nicht mehr Beteiligten – uns als Partei wie den Intellektuellen – dauerhaft und deformierend. Wir müssen diesen Zustand überwinden. Gemeinsam den Dialog suchen und finden.

Es gab Zeiten – und sie liegen nicht so weit zurück – da verstanden sich in unserer Partei die traditionellen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter oft nicht mehr mit der jungen Generation, welche Bruch und Aufbruch in und mit der Gesellschaft suchten und deren ökologischen Umbau anstrebten. Die Diskussionen in der Partei, aber auch in den Gewerkschaften, waren oft hart und verletzend, politisch und organisatorisch nicht folgenlos. Partei und Gewerkschaften haben sich in diesem Prozess gewandelt. Wir vertreten heute mit den Gewerkschaften in allen wesentlichen Fragen wieder gemeinsame Positionen:

- SP und Gewerkschaften werden in den neunziger Jahren die sozialen Fragen wieder in das Zentrum der politischen Debatte rücken.

- Gemeinsam kämpfen wir für den ökologischen und sozialverträglichen Umbau der Gesellschaft.

- Mit einer gemeinsamen Reformstrategie wollen wir den Weg in die EG gehen.

- Wir treten gemeinsam für die Gleichstellung der Frauen und folglich auch für den Frauenstreik vom 14. Juni dieses Jahres an. Affolter hin, Affolter her.

- Gemeinsam werden wir auch auf dem Gebiet der Waffenausfuhr und

der Sicherheitspolitik in den nächsten Jahren Zeichen setzen.

Nach Jahren innerer Zerrissenheit zeichnet sich nicht nur eine neue Einheit ab. Nein, im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien und ihren Verbänden haben wir diese Einheit erarbeitet und erlitten, weil wir uns den neuen Fragen gestellt haben. Sie finden in und durch unsere Politik neue, zukunftsgerichtete Antworten.

Eidgenössische Wahlen als Test

In acht Monaten sind National- und Ständeratswahlen. Diese Wahlen sind für uns ein Test. Unsere Zielvorgaben sind klar:

- Die Partei muss wieder mehr als 20 Prozent der Stimmen auf sich vereinen.

- Die Partei muss im National- und Ständerat Mandate hinzugewinnen.

- Die Vertretung der Frauen muss auf den Listen und bei den Gewählten höher sein als bisher.

- Wir wollen keinen stabilen schwarzen Block im Ständerat mehr, den Rechtsfreisinnige mit und ohne CVP-Parteibuch als Bremswagen gegen sozialen und ökologischen Fortschritt missbrauchen.

Wir werden diese Ziele nur erreichen, wenn wir in den kommenden Monaten breit mobilisieren. Wir müssen unsere Mitglieder und unsere Sympathisanten überzeugen, dass es diesmal ernst gilt. Niemand darf zuhause bleiben. Wir haben keine Stimmen zu verschenken. Jede Stimme zählt.

Wir müssen gemeinsam dafür eintreten, dass die neunziger Jahre gesellschaftlichen und politischen Fortschritt bringen. Wir brauchen eine starke linke Partei für die neunziger Jahre. Wir brauchen eine starke Sozialdemokratische Partei. Nur gemeinsam und solidarisch werden wir es schaffen.

